



Medienmitteilung

Zürich, 8. Juli 2021

Beschlüsse der Kommissionen

GL: Einstimmigkeit bei Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates (GL) hat den Antrag an den Kantonsrat zur Verwendung der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank (ZKB) einstimmig verabschiedet ([5694](#)). Es war der Geschäftsleitung wichtig, dass der Regierungsrat und alle Fraktionen hinter dem Antrag stehen können und ein breiter Konsens besteht. Die Gesamtsumme von 100 Millionen Franken soll je hälftig für die Finanzierung von Ausgaben infolge der Corona-Pandemie und für Projekte eingesetzt werden, die der Bevölkerung zugutezukommen. Konkret sollen 15 Millionen Franken zur Abfederung von Notlagen von Selbstständigerwerbenden und 35 Millionen Franken für bereits bewilligte Corona-Ausgaben verwendet werden (RRB Nr. 262/2020). Mit 45 Millionen Franken soll der Zugang zu den Fliessgewässern im Kanton Zürich aufgewertet werden. 3 Millionen Franken sollen für verschiedene Projekte in die Direktionen fließen und 1 Million Franken will man in die Politikvermittlung des Kantonsrates investieren, und zwar in einen neu zu schaffenden Lehrpfad der Demokratie in den Städten Zürich, Winterthur und Uster. Mit 1 Million Franken schliesslich soll ein neuer Zukunftspreis des Kantons Zürich geschaffen werden: Für Personen oder Organisationen, die sich mit einem herausragenden Projekt um den Kanton Zürich verdient gemacht haben, soll in den nächsten 20 Jahren ein Preisgeld von jährlich 50'000 Franken zur Verfügung stehen.

Kantonsratsvizepräsidentin: Esther Guyer (Grüne, Zürich), 079 699 13 45

GL: Revision des Kantonsratsgesetzes und des Kantonsreglements

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates (GL) hat eine Sammelvorlage zu verschiedenen Revisionen des Kantonsratsgesetzes und des Kantonsratsreglements einstimmig verabschiedet. Bei der parlamentarischen Initiative [KR-Nr. 396/2019](#) geht es um eine vertiefte Berichterstattung der Kommissionen insbesondere über die finanziellen Auswirkungen ihrer Beschlüsse. Mit der Motion [KR-Nr. 380/2018](#) wurde die Live-Übertragung der Kantonsratsdebatten ins Internet gefordert, was von der Mehrheit der Geschäftsleitung unterstützt wird. Eine Minderheit (SVP-Fraktion) zieht eine Kann-Formulierung vor, weil sie keine Pflicht zu Live-Übertragungen statuieren will. Ebenfalls in die Sammelvorlage aufgenommen hat die Geschäftsleitung das Recht auf Rückkommen auf Abstimmungen, eine Bestimmung, die bei der Totalrevision des Kantonsratsreglements vergessen worden war. Wie nach altem Recht kann der Rat bis zur Schlussabstimmung auf einen Beschluss zurückkommen, sofern mindestens 20 Ratsmitglieder dies verlangen.

Kantonsratsvizepräsidentin: Esther Guyer (Grüne, Zürich), 079 699 13 45

KPB: Vereinheitlichung des kantonalen Leitungskatasters

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der Änderung des kantonalen Leitungskataster im Geoinformationsgesetz (KGeolG) zuzustimmen ([5669](#)). Eine Neuausrichtung des Leitungskatasters mit veränderter Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist von verschiedenen involvierten Stellen



für eine effiziente Nutzung des Leitungskatasters vorgeschlagen worden. Dazu muss aber zuerst die gesetzliche Grundlage geändert werden. Bis anhin werden Leitungskatasterinformationen heterogen durch die Gemeinden – sofern überhaupt vorhanden – in verschiedenen Systemen mit unterschiedlichen Detaillierungsgraden und Datenmodellen erfasst und verwaltet. Die Informationen sind dadurch oft nicht abrufbar und nicht vereinbar mit anderen Informationssystemen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

KEVU: Rahmenkredit soll beim zweiten Veloförderprogramm ausgeschöpft werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Schlussbericht und die Kreditabrechnung zum ersten Veloförderprogramm zu genehmigen ([4664](#)). Der entsprechende Rahmenkredit konnte nur zu etwas mehr als einem Viertel ausgeschöpft werden, vor allem weil sich zeigte, dass sich bauliche Massnahmen für das Velo in kantonalen Gebäuden nicht losgelöst von anderen baulichen Massnahmen realisieren lassen. Das zweite Veloförderprogramm ([5671](#)) setzt nun auf Massnahmen, die sich auf jeden Fall umsetzen lassen sollen. Das Anliegen der Veloförderung ist in der KEVU unumstritten. Die ungenügende Kreditausschöpfung beim ersten Programm führt aber dazu, dass die Mehrheit der Kommission mit einem Zusatz sicherstellen möchte, dass der neue Kredit auf jeden Fall ausgeschöpft wird. Sie legt deshalb in einer zusätzlichen Dispositivziffer fest, dass auch Förderprojekte Dritter unterstützt werden können, falls der verlangte Zwischenbericht nach fünf Jahren aufzeigen würde, dass der Kredit bis dahin zu weniger als 40 Prozent ausgeschöpft worden ist. Eine Minderheit (FDP) setzt wie beim ersten Velokredit auf eine Berichterstattung mit Zwischen- und Schlussbericht. Eine andere Minderheit (SVP) wird auf die Vorlage nicht eintreten, da aus ihrer Sicht der Mehrheitsantrag mit der Verpflichtung zur Ausschöpfung eines kantonalen Rahmenkredits durch den Beizug Dritter für sie gegen finanzpolitische Grundsätze verstösst.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KEVU: Möglichkeiten der CO₂-Rückgewinnung im Kanton Zürich

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Umweltbericht: Möglichkeiten der CO₂-Rückgewinnung im Kanton Zürich» als erledigt abzuschreiben ([5686](#)). Mit dem Postulat wurde ein Bericht zu den Chancen und Möglichkeiten der CO₂-Rückgewinnung, den Massnahmen und den gesetzlichen Grundlagen gefordert. Die Technologie der CO₂-Rückgewinnung befindet sich erst im Forschungsstadium, laufende Pilotprojekte sind vielversprechend. Bevor an eine Gesetzgebung und konkrete Massnahmen gedacht werden kann, braucht es zwar noch einiges, trotzdem: Die Regierung sieht die neue Technologie als einen Teil des Weges zur CO₂-Neutralität. Der Kanton kann namentlich mit der Unterstützung von Pilotprojekten einen Beitrag leisten. Am interessantesten und ergiebigsten scheint etwa die CO₂-Abscheidung in Kehrlichtverbrennungsanlagen (KVA). Solche neuen Verfahren werden allerdings stets teure Massnahmen bleiben. Im Gegensatz etwa zu Elektromobilität oder Solarenergie wird sich die CO₂-Rückgewinnung kaum zum Geschäft machen lassen und eine öffentliche Aufgabe bleiben, die auch international anzugehen ist.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43



FIKO: Beitrag aus dem Sportfonds an den Kantonalverband für Sport beantragt

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, für die Jahre 2022–2025 einen jährlichen Beitrag von 5,9 Millionen Franken (insgesamt 23,6 Millionen Franken) aus dem Sportfonds an den Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) zu genehmigen ([5693](#)). Dabei soll für die jährlichen Abgeltungen der Aufgaben des ZKS aus der Leistungsvereinbarung gemäss Vorgabe der Sicherheitsdirektion jeweils eine Abrechnung über die Mittelverwendung im Vorjahr vorgelegt werden. Für den Fall, dass der gewährte Beitrag bis Ende Rechnungsjahr nicht aufgebraucht werden sollte, beantragt die FIKO grossmehrheitlich, dass die Sicherheitsdirektion den Restbetrag auf Antrag des ZKS auf das Folgejahr übertragen kann.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

KBIK: Regulatorische Erleichterungen für Kindertagesstätten umgesetzt

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, ein Postulat von Astrid Furrer (FDP, Wädenswil) betreffend «Krippen stärken statt schwächen» als erledigt abzuschreiben ([5692](#)). Gefordert wurde ein deutlicher Abbau oder zumindest die Flexibilisierung von Vorschriften. Die KBIK stellt fest, dass seit Einreichung des Postulats im Jahr 2016 die Bestimmungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe geändert und die Vorschriften teilweise reduziert bzw. flexibilisiert worden sind. Die Änderungen sind per 1. August 2020 in Kraft und betreffen Anforderungen bezüglich des Personals, der Infrastruktur und des betrieblichen Konzepts. Damit ist dem Anliegen der Postulantin teilweise entsprochen worden.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

KBIK: Die Volksschule ist auf Fernunterricht vorbereitet

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Christoph Ziegler (GLP, Elgg) betreffend «Schulen auf eine zweite Welle vorbereiten» als erledigt abzuschreiben ([5708](#)). Mit den Erfahrungen aus dem Lockdown vom Frühling 2020 wurde im Schulumfeld gemeinsam und unter Beizug der Pädagogischen Hochschule (PHZH) ein Konzept Fernunterricht entwickelt. Es dient der Unterstützung der lokalen Umsetzungskonzepte, welche von den Schulen und Schulpflegen erarbeitet wurden. Damit soll auch unter Pandemiebedingungen das Recht auf Bildung und auf Chancengerechtigkeit gewährleistet werden.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.